

## Antwort

der Landesregierung  
auf die Kleine Anfrage 65  
der Abgeordneten Kerstin Kircheis  
der SPD-Fraktion  
Drucksache 6/152

### Übergriffe auf sorbische Jugendliche in Sachsen

Wortlaut der Kleinen Anfrage 65 vom 20.11.2014:

Laut Berichten des MDR wurden Jugendliche der sorbischen Minderheit in Sachsen zuletzt vermehrt Opfer von Übergriffen. Nach Angaben der dortigen Polizei hatten die Taten einen rechtsextremen Hintergrund. Die Angehörigen der sorbischen/wendischen Minderheiten in Brandenburg werden durch die Landesverfassung besonders geschützt.

Daher frage ich die Landesregierung:

1. Sind Übergriffe auf Angehörige der sorbischen/wendischen Minderheiten in Brandenburg bekannt?
2. Wenn ja, geht die Landesregierung in diesen Fällen von rechtsextrem motivierten Taten aus?
3. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung zum Schutz der Sorben/Wenden im Land Brandenburg?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Sind Übergriffe auf Angehörige der sorbischen/wendischen Minderheiten in Brandenburg bekannt?

Frage 2:

Wenn ja, geht die Landesregierung in diesen Fällen von rechtsextrem motivierten Taten aus?

zu den Fragen 1 und 2:

Vergleichbare Angriffe wie im Land Sachsen auf Angehörige der sorbischen/wendischen Minderheiten sind im Land Brandenburg in den letzten Jahren nicht registriert worden. Hierzu wurden Überprüfungen in polizeilichen Auskunftssystemen, u. a. im Meldedienst zur politisch motivierten Kriminalität, ab dem

Datum des Eingangs: 12.12.2014 / Ausgegeben: 17.12.2014

Jahr 2010 vorgenommen. Angriffe auf Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit werden als Politisch motivierte Kriminalität erfasst.

Frage 3:

Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung zum Schutz der Sorben/Wenden im Land Brandenburg?

zu Frage 3:

Grundsätzlich ist die nachhaltige Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität ein kriminalstrategischer Schwerpunkt der Brandenburger Polizei. Der Schutz nationaler Minderheiten ist in diese Bekämpfungsmaßnahmen einzuordnen. Hinsichtlich der aktuellen Straftaten in Sachsen ist ein ständiger Informationsaustausch zwischen der Fachdirektion LKA Brandenburg und dem LKA Sachsen sowie zwischen der Polizeidirektion Süd und der Kriminalinspektion Görlitz gewährleistet. Daraus ergeben sich bisher keine Erkenntnisse, die auf eine ähnliche Lageentwicklung in Brandenburg schließen lassen.